

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 1 (1979)
Heft: 3

Artikel: Krieg ums Oel?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585942>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



SES Notizen

3/79

LIEBE SES-MITGLIEDER,

Die Energiepolitik der Schweiz weise im Vergleich zu anderen Ländern wie etwa Dänemark oder Schweden einen "Rückstand von 7 bis 8 Jahren" auf. Der Bund beschränke sich auf "Seelenmassage". Ueber anderswo erfolgreiche Isolationsvorschriften scheine es hier "nichts als endlose Diskussionen" zu geben.

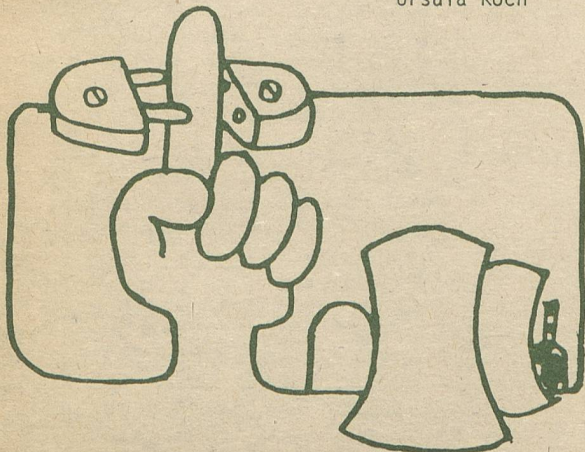
Diese Aussagen des Schweizer Peter Kelly, Direktor bei der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris, sollten zu denken geben.

Die SES hat es sich zur Aufgabe gemacht, gegen diese Missstände anzugehen, indem sie die "Energieszene Schweiz" genau beobachtet und kommentiert, die Öffentlichkeit auf Fehlentwicklungen aufmerksam macht, Fortschritte in Richtung dezentraler Energieversorgung vorstellt und Initiativen von Bürgern und Gemeinden zur Durchsetzung der Stabilisierung des Energieverbrauchs unterstützt.

Diese Aufgabe können wir aber nur dann in voller Unabhängigkeit leisten, wenn wir eine breite Unterstützung aus jenen Bevölkerungskreisen erhalten, die wissen, dass die Einführung einer alternativen Energiepolitik eine politische Dimension enthält und dass unter den heutigen Macht-konstellationen Freiräume für Experimente demokratisch erkämpft und gesichert werden müssen.

Diese Nummer der SES-Notizen soll der Mitgliederwerbung dienen und deshalb breit gestreut werden. Falls Sie, liebes SES-Mitglied, diese Ausgabe doppelt erhalten sollten, bitten wir Sie um Verständnis.

Ursula Koch



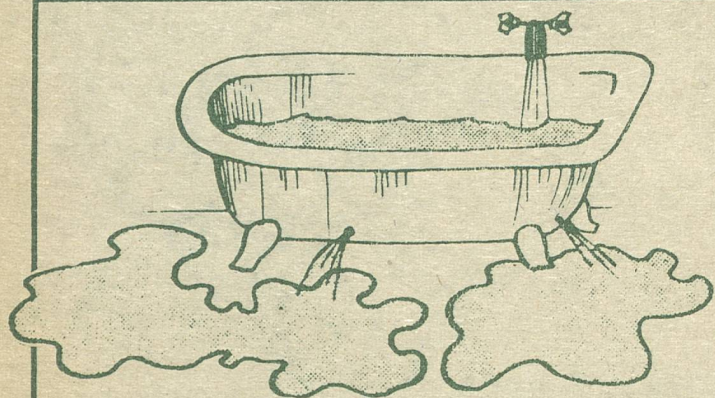
Krieg ums Oel?

"Wir müssen die Nation um eine wirkliche Krise herum und gegen einen klaren Feind - die erdölproduzierenden Länder (OPEC) - mobilisieren", hat kürzlich Carters innenpolitischer Chefberater Stuart Eizenstat seinem Präsidenten empfohlen. Solch hilfloses Draufgängertum kann im ausser Kontrolle geratenen Energie-Wirrwarr eine gefährliche Eigendynamik entwickeln und schliesslich zur Katastrophe führen. An Zündstoff fehlt es nicht. Allzu gerne verdrängen wir die besorgniserregenden Meldungen der letzten Wochen:

Am 21. Juni gab der scheidende Generalstabschef der US-Landarmee, General Rogers, die Bildung einer unabhängigen Einsatztruppe von 110'000 Mann bekannt. Als mögliches Einsatzgebiet nannte er ausdrücklich den Nahen Osten. Fünf Tage später meldete "Le Monde" die Aufstellung einer französischen Interventionstruppe und beharrte auch nach Dementis auf seiner Darstellung. Ende Juni empfahl ein gemeinsamer Bericht mehrerer US-Regierungsstellen verstärkte militärische Präsenz in der Oelregion und die Aufstellung einer permanenten Flotte im indischen Ozean. Die New York Times sprach von einem "Wendepunkt von Amerikas Politik in dieser Region".

Als Reaktion auf die Ankündigung der amerikanischen Interventionstruppe übten in der letzten Juniwoche saudiarabische Truppen im bisher grössten Manöver die Verteidigung der Oelfelder gegen modern ausgerüstete Invasionstruppen. Die als Gäste geladenen Herrscher der arabischen Oelstaaten einigten sich auf eine verstärkte Koordination der Verteidigung. Am deutlichsten zeigte sich der Ernst der Lage in einer kaum beachteten Kurzmeldung: Am 2. August erklärte die sicher bestinformierte Londoner Versicherungsgruppe Lloyd's das Gebiet des Persischen Golfs mit Wirkung vom 14. August zur Kriegszone.

Leichtfertig wird keine fremde Macht im Nahen Osten intervenieren. Die militärischen und politischen Risiken sind zu gross. Auseinander-



setzungen in den Oelstaaten selber aber könnten eine katastrophale Kettenreaktion in Gang setzen:

* Die enttäuschten Palästinenser - so fürchtet Saudi-Arabiens Oelminister Jamani - könnten mit Anschlägen auf Gosstanker den Persischen Golf blockieren. Ein Drittel des Weltölverbrauchs muss über diese Route transportiert werden.

* Die persischen Oelprovinzen rebellieren und wollen unabhängig werden. Auch der Schah und die CIA scheinen in dieser undurchsichtigen Bewegung mitzumischen. Unter westlichem Einfluss - so hoffen diese Kreise - könnte die Fördermenge, die seit der Revolution nur noch die Hälfte beträgt, wieder auf das frühere Niveau hinaufgeschraubt werden.

* Auch die Sowjetunion wird in einigen Jahren gezwungen sein, Oel zu importieren: ihre gut

zugänglichen Reserven schwinden. Deshalb - erwarten die USA - wird sie mit zunehmendem Druck versuchen, im Nahen Osten Einfluss zu gewinnen.

* Saudi-Arabien, grösster Erdölproduzent und bisher treuer Vasall der Vereinigten Staaten, zeigt zunehmend Anzeichen der Instabilität.

Der Kampf um die letzten Oelreserven hat begonnen. Da gibt es kein Pardon, denn vom Oel ist unsere Zivilisation gänzlich abhängig. Wir müssen erkennen, was das für uns heisst. Das sind keine Nachrichten mehr, die wir unbeteiligt im Lehnstuhl zur Kenntnis nehmen können. Ein Zusammenbruch des Systems ist in greifbare Nähe gerückt.

Sättigungserscheinungen in den Industrieländern, die mikroelektronische Revolution, Rohstoff- und Energieverknappung - die Probleme häufen sich. "Die weltweite Rezession wird andauern, und der Westen wird gezwungen sein, das Energieproblem mit Hilfe von Inflation und Arbeitslosigkeit zu lösen," heisst es in einem Geheimdokument der exklusiven Bilderberg-Konferenz von Thierry de Montbrial, dem ausserpolitischen Chefberater von Giscard d'Estaing. Schon vor einem Jahr kursierten an deutschen Universitäten Prognosen einiger Wirtschaftsprofessoren, die für Mitte der achtziger Jahre allein in der BRD 8 bis 10 Millionen Arbeitslose voraussagten. Das industrielle System ist verletzlich wie kaum zuvor.

Wenn zum Beispiel durch die Blockade des Persischen Golfs ein Drittel der Oelzufuhr für ei-

ENERGIESZENE

Falscher Eindruck

Als "Lügner, Falschspieler und Angstmacher" wagte Anton Stadelmann, Chefredaktor der rechtslastigen Presseagentur "Schweizerische Politische Korrespondenz" kürzlich SES und WWF in einem Kommentar zu bezeichnen. Dies, nachdem in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Eidgenössischen Kommission für die Ueberwachung der Radioaktivität (KUeR), der SES und des WWF unter anderem festgestellt wurde, dass die gültigen Vorschriften der Strahlenschutzverordnung und der Betriebsbewilligung in Mühleberg nicht verletzt worden seien.

Auch in der übrigen Presse wurde das bewusst ausgewogen formulierte Communiqué derart zusammengekratzt, dass der Eindruck entstand, SES und WWF hätten krepieren müssen. Den Abschnitt, worin es hiess, KUeR-Präsident Huber werde sich für eine Abänderung der Vorschriften einsetzen, hat kaum jemand abgedruckt.

Nach langem Hin und Her konnte man sich kürzlich auf ein gemeinsames Protokoll der Gespräche zwischen SES, WWF und der KUeR einigen. Darin heisst es:

"Prof. Huber räumte ein, dass - angesichts der zwar juristisch einwandfreien, aber für Aussenstehende etwas unübersichtlichen Rechtslage und der Erwähnung einer '20-mrem-Grenze' für die Direktstrahlung im KUeR-Bericht 1977 - die Interpretation von SES und WWF, 20 mrem sei die höchste erlaubte Ortsdosis, nicht ganz abwegig gewesen sei. Er wird sich für eine eindeutige Fassung in den Abgabereglementen einsetzen, und sich darum bemühen, dass die Personendosen durch die Direktstrahlung aus einem AKW den gleichen Limiten unterworfen werden, wie jene durch die Abgaben via Abluft und Abwasser."

Das Protokoll sowie eine ausführliche Darstellung der Kontroverse können beim SES-Sekretariat bezogen werden.

Einen möglichen Prozess um seine Hetztiraden dürfte Stadelmann wohl kaum gewinnen.

BKW klagt AKW-Gegner ein

Einen Prozess wird es in der Frage der Direktstrahlung in Mühleberg sicher geben: Die BKW hat gegen Mitglieder der Ueberparteilichen Bewegung gegen Atomkraftwerke und der Gewaltfreien Aktion Bern Strafklage wegen Ehrverletzung erhoben. Die Berner hatten kurz vor der Abstimmung vom 18. Februar in einem Inserat die kurz zuvor von WWF und SES erhobenen Vorwürfe zusammengefasst. Unglücklich über die Klage sind die Angeschuldigten ganz und gar nicht: Sie sind zuversichtlich, dass der Prozess günstig für sie ausgehen wird und wollen die Gelegenheit nutzen, die Öffentlichkeit noch einmal über die bedenklichen Ueberwachungs- und Bewilligungsmethoden zu informieren.

Beschwerde abgelehnt

Weil in den Schweizer Atomkraftwerken Kompaktlager für gebrauchte Brennelemente ohne ein öffentliches Bewilligungsverfahren eingebaut wurden, war im Zusammenhang mit unserer Pressekonferenz anfangs Februar eine Beschwerde an den Bundesrat eingereicht worden. In den USA und in der Bundesrepublik wird eine solche Bewilligung verlangt. Mit einer sehr anfechtbaren formaljuristischen Argumentation hat die Landesregierung die Beschwerde nun kürzlich abgelehnt. Auf die zusätzliche Gefährdung durch Kompaktla-

nige Zeit ausfällt, kommt es zu Massenarbeitslosigkeit und - wenn es länger dauert - auch zu Hungersnöten. Denn auch die Landwirtschaft kann schon ohne Oel nicht mehr funktionieren, und lebensnotwendige Güter müssen heute über weite Strecken transportiert werden. Da bleibt auch die Schweiz nicht verschont,

Trotz alledem halten die Mächtigen am eingeschlagenen Weg fest. Absurdestes Beispiel ist Carters Energieprogramm, das vor allem im Ausland auf grundsätzliche Zustimmung stiess. Die Internationale Energie-Agentur liess gar verlauten, das ganze Energieprogramm entspreche ihren Forderungen. Von insgesamt 142,2 Milliarden will Carter 88 Milliarden (62%) in die umweltschädigende Erzeugung künstlicher Treibstoffe aus Kohle, Oelschiefer und Teersand stecken, 5 Milliarden sollen für die Umstellung von Oelkraftwerken auf Kohle aufgewendet werden. Nur 3,5 Milliarden fallen für die Sonnenenergie und ganze 2 für Spartechniken ab. Am Konsum soll nichts Wesentliches geändert werden. Mit gigantischen grosstechnischen Anstrengungen aber will man immer neue Quellen erschliessen. Die starke Opposition gegen Carters Energieprogramm richtet sich weniger gegen diesen Irrwitz, als gegen das Vorhaben, eine staatliche Gesellschaft mit dem Synfuelprogramm zu betrauen.

Die Oelkonzerne machen sagenhafte Gewinne (im zweiten Quartal lagen sie 66% höher als letztes Jahr) und verstehen es, sich einen Energieträger nach dem anderen unter den Nagel zu reissen. Ihre Macht wächst und wächst, Hunderte von

Wissenschaftlern in ihrem Sold schmieden langfristige Programme und Strategien. Ist also doch alles unter Kontrolle? Schöne Verschwörungstheorien haben auch etwas Beruhigendes: Mag der allmächtige Drahtzieher auch noch so böse sein, ganz schief gehen kann es nicht, denn das liegt langfristig nicht in seinem Interesse. "Die Oelkonzerne sind selber nicht mehr Herr der Lage", sagt ein langjähriger unabhängiger Erdölmarktbeobachter, "auch sie können nicht voraussagen, wie es weitergehen wird." Nachdem sie jahrelang den Konsum angekurbelt haben, scheinen auch die Energiemultis jetzt kalte Füsse zu bekommen. So veröffentlichte Shell kürzlich eine Studie, in der Energiesparmassnahmen als besonders rentabel angepriesen werden. Wenn Carter sich danach richten würde...

Ob er nicht glaube, dass es spätestens in zehn Jahren zu einer schweren Energie- und Wirtschaftskrise kommen würde, wenn man so weitermache, fragte ich kürzlich einen Sachbearbeiter im Bundesamt für Energiewirtschaft, nachdem er ausführlich die bescheidenen Anstrengungen seiner Behörde zur Förderung der Alternativenergien angepriesen hatte. "Ich glaube, dass der Zusammenbruch noch viel eher kommen wird, aber wir alle können ja erstaunlich gut verdrängen", antwortete er. Mit Verdrängen scheint man im Amt denn auch stark beschäftigt zu sein. Ein anderer Mitarbeiter klagte: "Die Stimmung im Amt ist gedrückt, über die Arbeit redet man möglichst wenig."

Ruggero Schleicher

ger ging sie inhaltlich gar nicht erst ein. Immerhin wird dem EVED empfohlen, "vor einer künftigen Entscheid über gleichartige Probleme den ganzen Fragenkomplex neu zu prüfen". Auf die Erhebung von Verfahrenskosten wurde verzichtet.

Zum Beispiel Wädenswil

Ein energiebewusster Gemeindepolitiker reicht ein Postulat ein und verlangt die Einsetzung einer Energiekommission, welche Vorschläge auszuarbeiten hat, wie die Gemeinde Energie einsparen könnte. Die Kommission soll nach Vorstellungen des Politikers einen Bericht abliefern, in dem die Empfehlungen für die Behörden und die nötigen Änderungen der Gemeindeverordnungen dargestellt werden. Im weiteren verlangt der Postulant die Einrichtung einer Beratungsstelle für Private und Betriebe, welche Auskunft über Sparmöglichkeiten geben soll.

Der Stadtrat lehnt das Ansinnen mit folgender Begründung ab:

Zwar befürworte er die Grundintention, doch enthalte das Postulat zu viele nicht realisierbare Wünsche. Zudem seien zum genannten Problemkreis bereits andere Aktivitäten im Gange, so z.B. Vorstösse im National- und Kantonsrat sowie Arbeiten der Meteorologischen Zentralanstalt und von Ingenieurbüros, die im Auftrag des Kantons Leitbilder erarbeiten. Auch von der unter dem Vorsitz des kantonalen Baudirektors stehenden beratenden Energiekommission seien Ergebnisse zu erwarten. An der Effizienz der vorgeschlagenen Kommission sei zu zweifeln, d.h. der Aufwand stünde wohl kaum in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen... Ein Fraktionssprecher beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. Die Fraktion sei in der Grundtendenz selbstverständlich auch für das

Energiesparen, doch scheine es nicht richtig, auf Gemeindeebene eine Sonderkommission zu bestellen.

Im selben Kanton wird ein energiepolitischer Vorstoss im Kantonsrat bekämpft mit dem Argument, die Gemeinden hätten heute schon viele Möglichkeiten, Energiesparmassnahmen an die Hand zu nehmen.

uk

Forschungspolitik

Das CERN, europäisches Kernforschungszentrum bei Genf, hat grosse Pläne: Ein neuer Teilchenbeschleuniger von riesigen Ausmassen soll gebaut werden (Durchmesser 10 bis 12 km, heutiger Durchmesser 2,2 km).

Das Grossprojekt kostet Milliarden und verschlingt beim Betrieb etwa die Hälfte des Elektrizitätsbedarfs des Kantons Genf. Zwar



bezahlt die Schweiz nur 4% an die Betriebskosten des CERN, offenbar ist aber unsere Regierung bereit, Millionenbeträge in ein Forschungsprojekt zu stecken, das angesichts der gesellschaftlichen Bedürfnisse unverantwortlich ist. Zum Vergleich: Die Schweiz gibt in diesem Jahr für die Sonnenenergieforschung ca. 10 Millionen Franken aus!

uk.